

# Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	29
Teil 1. Die Analyse des „Ehrenamtsproblems“	38
§ 1. Das „Ehrenamtsproblem“ im Arbeitsrecht	38
A. Das Ehrenamt als Rechtsbegriff?	38
B. Die Analyse der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung: Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Ehrenamtlichem	42
C. Die Zusammenfassung der möglichen Abgrenzungskriterien	61
D. Zwischenergebnis	73
§ 2. Das „Ehrenamtsproblem“ in anderen Rechtsgebieten	73
A. Im Einkommensteuerrecht	74
B. Im Sozialrecht	85
C. Zwischenergebnis und erste These	109
Teil 2. Die Analyse des Ehrenamtsbegriffs in den Gesetzen	111
§ 3. Kategorisierung der Regelungen zum Ehrenamt	111
A. Kategorisierung nach Gesetzeswortlaut (formelles Kriterium): Explizite Regelungen zum Ehrenamt und ehrenamtsähnliche Regelungen	111
B. Kategorisierung nach Regelungsgehalt (materielles Kriterium): Statusregelungen und allehrenamtliche Regelungen	113
C. Zwischenergebnis	118
§ 4. Die Wortwahl der Ehrenamtsregelungen	118
A. Explizite Regelungen zum Ehrenamt	119
B. Ehrenamtsähnliche Regelungen	123
C. Gründe für die Unterscheidung im Wortlaut	139
§ 5. Die Ehrenamtsbegriffe in allehrenamtlichen Vorschriften	145
A. Der Ehrenamtsbegriff in Landes- und Kommunalverfassungen	146

B. Der Ehrenamtsbegriff des Verwaltungsverfahrensrechts	163
C. Der Ehrenamtsbegriff des § 2 Abs. 1 Nr. 10 SGB VII	165
D. Der Ehrenamtsbegriff im Umsatzsteuergesetz	170
E. Der Ehrenamtsbegriff im Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch	181
F. Zusammenfassung	194
<b>§ 6. Die Vergütung der ehrenamtlichen Tätigkeit</b>	<b>200</b>
A. Immer zulässig: Aufwendungersatz	201
B. Problem: Dienstvergütung?	207
C. Zwischenergebnis	247
<b>Teil 3. Die Analyse der Rechtsprechung: Die Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Ehrenamtlichem im Einkommensteuer- und Sozialrecht</b>	<b>248</b>
<b>§ 7. Die Analyse der Rechtsprechung im Einkommensteuerrecht</b>	<b>248</b>
A. Steuerbarkeit von Einkünften bei Vorliegen einer Gewinnerzielungsabsicht	248
B. Steuerrechtliche Zuordnung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu der hauptberuflichen Tätigkeit	251
C. Die ehrenamtliche Tätigkeit als nichtselbständige Arbeit, § 2 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. § 19 EStG	257
D. Zwischenergebnis	258
<b>§ 8. Die Analyse der Rechtsprechung im Sozialversicherungsrecht</b>	<b>258</b>
A. Die ehrenamtliche Tätigkeit als Beschäftigung, ggf. gegen Arbeitsentgelt	258
B. Ehrenamt und Erwerbsmäßigkeit/Erwerbstätigkeit	308
<b>Teil 4. Die Herleitung eines Lösungsansatzes</b>	<b>329</b>
<b>§ 9. Die Erkenntnisse aus den Analysen</b>	<b>329</b>
A. Das Verhältnis des Ehrenamtsbegriffs zum Begriff des Arbeitnehmers bzw. Beschäftigten im Arbeits-, Einkommensteuer- und Sozialrecht	329
B. Die Merkmale des Ehrenamts	330
C. Gemeinsamkeiten im Einkommensteuer- und Sozialversicherungsrecht	333

§ 10. Die Abgrenzung des Arbeitnehmers vom Ehrenamtlichen im Arbeitsrecht	335
A. Die Gegenseitigkeit als entscheidendes Abgrenzungsmerkmal	335
B. Anwendung des Lösungsansatzes auf die Fälle in der Rechtsprechung	338
C. Gesetzgeberischer Regelungsbedarf?	340
Literaturverzeichnis	343

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	29
Teil 1. Die Analyse des „Ehrenamtsproblems“	38
§ 1. Das „Ehrenamtsproblem“ im Arbeitsrecht	38
A. Das Ehrenamt als Rechtsbegriff?	38
B. Die Analyse der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung: Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Ehrenamtlichem	42
I. Die Fälle	42
1. Im Rahmen von Vereinsverhältnissen	42
2. Außerhalb von Vereinsverhältnissen	45
II. Die Lösungen der Rechtsprechung	47
1. Im Rahmen von Vereinsverhältnissen	47
a) DRK-Mitglieder	47
aa) Herkömmliche Rechtsprechung des BAG: Ablehnung der Arbeitnehmereigenschaft	48
bb) Anerkennung der Arbeitnehmerschaft aufgrund Europarechts?	50
cc) DRK-Schwestern und Betriebsverfassungsrecht	55
b) Andere Vereinsmitglieder	56
aa) Mitglieder von Fußballvereinen	57
bb) Scientology-Mitglieder	58
2. Außerhalb von Vereinsverhältnissen	59
C. Die Zusammenfassung der möglichen Abgrenzungskriterien	61
I. Das Arbeitsverhältnis als Ausgangspunkt	61
1. Rechtsgrundlage	62
2. Kriterium der persönlichen Abhängigkeit	65
3. Bestehen einer Vergütungspflicht, Zahlung einer Vergütung und ihre Höhe	65
4. Pflichten im Gegenseitigkeitsverhältnis	66
II. Zweck der Tätigkeit	67
III. Schutzzweck des Arbeitsrechts/Gesetzesumgehung	70

IV. Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, steuerliche Behandlung der einsetzenden Organisation	72
V. Ausübung als Haupt- oder Nebentätigkeit	72
D. Zwischenergebnis	73
§ 2. Das „Ehrenamtsproblem“ in anderen Rechtsgebieten	73
A. Im Einkommensteuerrecht	74
I. Die Beurteilung einer ehrenamtlichen Tätigkeit nach den allgemeinen Maßstäben des EStG	74
1. Die Steuerbarkeit der Einkünfte	74
a) Die Einkunftsart der nichtselbständigen Arbeit (§ 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 i.V.m. § 19 EStG): Der Begriff des Arbeitnehmers im Einkommensteuerrecht	76
b) Die weiteren relevanten Einkunftsarten (§ 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 3, 7 EStG)	77
2. Die Steuerfreiheit der Einkünfte	80
II. Konsequenz: Die Stellung des Ehrenamtlichen im Einkommensteuerrecht	84
B. Im Sozialrecht	85
I. Ausrichtung des Sozialversicherungsrechts auf das Beschäftigungsverhältnis	85
II. Die grundlegenden Begriffe der Beschäftigung und des Arbeitsentgelts	86
1. Die Beschäftigung	86
a) Definition der Beschäftigung und Abgrenzung zum zivilrechtlichen Arbeits- und zum steuerrechtlichen Dienstverhältnis	86
b) Besonderheiten in der gesetzlichen Unfallversicherung	87
aa) Die Wie-Beschäftigung	88
bb) Die Reichweite des Unfallversicherungsschutzes	90
2. Das Arbeitsentgelt	92
3. Das Verhältnis von Beschäftigung zu Arbeitsentgelt	94
III. Verhältnis von Beschäftigung und Ehrenamt im Sozialrecht	95
1. Eindeutige Formulierungen zugunsten einer Überschneidung von Beschäftigungs- und Ehrenamtsbegriff	95

2. Uneindeutige Formulierungen	96
a) Die Regelungen zum Einbezug in die gesetzliche Unfallversicherung	96
b) Die Vorschriften des Dritten Buchs Sozialgesetzbuch über den Anspruch auf Arbeitslosengeld	101
3. Zwischenergebnis	107
IV. Zwischenergebnis	108
C. Zwischenergebnis und erste These	109
Teil 2. Die Analyse des Ehrenamtsbegriffs in den Gesetzen	111
§ 3. Kategorisierung der Regelungen zum Ehrenamt	111
A. Kategorisierung nach Gesetzeswortlaut (formelles Kriterium): Explizite Regelungen zum Ehrenamt und ehrenamtsähnliche Regelungen	111
B. Kategorisierung nach Regelungsgehalt (materielles Kriterium): Statusregelungen und allehrenamtliche Regelungen	113
I. Statusregelungen	113
II. Allehrenamtliche Vorschriften	116
C. Zwischenergebnis	118
§ 4. Die Wortwahl der Ehrenamtsregelungen	118
A. Explizite Regelungen zum Ehrenamt	119
I. Der Begriff „Ehrenamt“	119
II. Der Begriff „ehrenamtlich“	121
III. Zwischenergebnis	123
B. Ehrenamtsähnliche Regelungen	123
I. Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements	123
1. Die Verwendung des Begriffs im Gesetz	124
2. Das Kriterium der Bürgerschaftlichkeit	126
3. Das bürgerschaftliche Engagement nach dem Verständnis der Enquete-Kommission in ihrem Bericht „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002)	128
4. Rezeption des Begriffs durch den Gesetzgeber	131
5. Zwischenergebnis	133
II. Der Begriff der Unentgeltlichkeit	134
III. Die fehlende Erwerbsmäßigkeit/Erwerbsabsicht	135
IV. Die fehlende (Haupt-)Berufsmäßigkeit	137

C. Gründe für die Unterscheidung im Wortlaut	139
I. Historisch bedingte Formulierungen	139
II. Abgrenzungsfunktion: Keine berufsmäßige Tätigkeit	141
III. Klarstellungsfunktion: Unentgeltliche Tätigkeit	143
IV. Zwischenergebnis	145
§ 5. Die Ehrenamtsbegriffe in allehrenamtlichen Vorschriften	145
A. Der Ehrenamtsbegriff in Landes- und Kommunalverfassungen	146
I. Überblick über die Vorschriften und Regelungszweck	146
II. Der Ehrenamtsbegriff in den Landesverfassungen	148
1. Ausgangspunkt: Das Ehrenamtsverständnis der Weimarer Reichsverfassung	149
2. Übertragung auf die Ehrenamtsbegriffe der Landesverfassungen?	150
3. Der Begriff des Amtes	154
4. Zwischenergebnis	158
III. Der Ehrenamtsbegriff in den Kommunalverfassungen	159
B. Der Ehrenamtsbegriff des Verwaltungsverfahrensrechts	163
C. Der Ehrenamtsbegriff des § 2 Abs. 1 Nr. 10 SGB VII	165
D. Der Ehrenamtsbegriff im Umsatzsteuergesetz	170
I. Die ehrenamtliche Tätigkeit als unternehmerische Tätigkeit	170
II. Drei Varianten der ehrenamtlichen Tätigkeit	171
III. Die Einschränkungen des Begriffs der ehrenamtlichen Tätigkeit	176
IV. Zwischenergebnis	180
E. Der Ehrenamtsbegriff im Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch	181
I. Die Ansprüche auf Arbeitslosengeld und Grundsicherung	181
1. Arbeitslosengeld und ehrenamtliche Betätigung	182
2. Grundsicherung und ehrenamtliche Tätigkeit	183
II. Ein einheitlicher Ehrenamtsbegriff?	185
III. Die Bedeutung der Ehrenamtlichkeit im Einzelnen	189
1. Durch Rechtsnormen bestimmbar Kriterien	189
2. Die Auslegung des Ehrenamtsbegriffs durch die Rechtsprechung	190
IV. Zwischenergebnis	193
F. Zusammenfassung	194

§ 6. Die Vergütung der ehrenamtlichen Tätigkeit	200
A. Immer zulässig: Aufwendungsersatz	201
I. Insbesondere Auslagenersatz	202
II. Ersatz weiterer Aufwendungen	205
III. Grenzen	205
1. Enger sachlicher Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit	205
2. Pauschalisierung von Aufwendungsersatz und Vorschüsse	206
IV. Zwischenergebnis	206
B. Problem: Dienstvergütung?	207
I. Das Gleichstellungsprinzip	208
1. Der Anwendungsbereich des Gleichstellungsprinzips	208
2. Das Gleichstellungsprinzip aufgrund spezieller Regelungen	210
a) Das Gleichstellungsprinzip als Konsequenz der allgemeinen Begünstigungs- und Benachteiligungsverbote	210
b) Der Vergleichsmaßstab der Gleichstellung	215
aa) Grundsatz: Gleichstellung mit dem hypothetischen „Arbeitnehmer-Ich“	215
bb) Ausnahme: Vergleichbarer Arbeitnehmer mit betriebsüblicher beruflicher Entwicklung	219
c) Anspruchsgegner und Schuldner des Gleichstellungsprinzips	222
d) Die Durchbrechung des Gleichstellungsprinzips im BetrVG	223
e) Die Grenzen des Gleichstellungsprinzips	227
f) Zwischenergebnis	228
3. Das Gleichstellungsprinzip nach den allgemeinen Entgeltfortzahlungsregelungen	228
a) Konkretisierung der allgemeinen Entgeltfortzahlungsregelungen durch Tarifverträge	229
aa) Allgemeine Auslegung der tarifvertraglichen Entgeltfortzahlungsbestimmungen	230

bb) Die Begriffe der staatsbürgerlichen Pflicht und öffentlich-rechtlichen Verpflichtung	231
i) Eine gesetzlich verpflichtende Tätigkeit	231
ii) Die Attribute „öffentlicht-rechtlich“ und „staatsbürgerlich“	234
iii) Zwischenergebnis	235
cc) Die Voraussetzung des öffentlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Ehrenamts	235
dd) Weitere mögliche Voraussetzungen der tarifvertraglichen Regelungen	236
ee) Zwischenergebnis	237
b) Allgemeine gesetzliche Voraussetzungen der § 616 BGB und § 19 Abs. 1 Nr. 2 b) BBiG	238
4. Zwischenergebnis	240
II. Das Entschädigungsprinzip	240
III. Verhältnis des Gleichstellungsprinzips zum Entschädigungsprinzip	243
C. Zwischenergebnis	247
 Teil 3. Die Analyse der Rechtsprechung: Die Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Ehrenamtlichem im Einkommensteuer- und Sozialrecht	248
§ 7. Die Analyse der Rechtsprechung im Einkommensteuerrecht	248
A. Steuerbarkeit von Einkünften bei Vorliegen einer Gewinnerzielungsabsicht	248
B. Steuerrechtliche Zuordnung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu der hauptberuflichen Tätigkeit	251
I. Einkünfte aus ehrenamtlicher Tätigkeit als Einkünfte aus der hauptberuflichen Tätigkeit	251
1. Ehrenamtliche Tätigkeit als Teil der hauptberuflichen Tätigkeit	252
2. Einkünfte aus ehrenamtlicher Tätigkeit treten an die Stelle der Einkünfte aus hauptberuflicher Tätigkeit	254
3. Zwischenergebnis	255
II. Ausgaben für die ehrenamtliche Tätigkeit als Betriebsausgaben oder Werbungskosten der hauptberuflichen Tätigkeit	255
C. Die ehrenamtliche Tätigkeit als nichtselbständige Arbeit, § 2 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. § 19 EStG	257

D. Zwischenergebnis	258
§ 8. Die Analyse der Rechtsprechung im Sozialversicherungsrecht	258
A. Die ehrenamtliche Tätigkeit als Beschäftigung, ggf. gegen Arbeitsentgelt	258
I. Gesetzliche Unfallversicherung: Ehrenamtliche Tätigkeiten in (zumeist) privatrechtlichen Vereinigungen als Beschäftigung oder „Wie-Beschäftigung“	259
1. Grundsatz: Kein Versicherungsschutz bei Erfüllung einer Mitgliedspflicht	259
2. Ausnahme: Tätigkeiten im Rahmen berufsbezogener Vereinigungen	265
3. Die Voraussetzungen der Wie-Beschäftigung im Bereich ehrenamtlicher Tätigkeiten	267
4. Dogmatische Einordnung der Rechtsprechung	271
5. Zwischenergebnis	274
II. Sonderfall: Sport als Beschäftigung, ggf. gegen Arbeitsentgelt	275
III. Frühere Rechtsprechung zu Ehrenämtern im öffentlich-rechtlichen Bereich: Bejahung einer Beschäftigung bei Wahrnehmung weisungsgebundener Verwaltungsaufgaben	279
1. Die Entstehung der Definition	279
2. Die Bestimmung einer dem allgemeinen Erwerbsleben zugänglichen Verwaltungstätigkeit	282
3. Zwischenergebnis	284
IV. Änderung der Rechtsprechung zur Beschäftigeneigenschaft ehrenamtlich Tätiger durch Urteil des Bundessozialgerichts vom 16.08.2017	284
1. Inhalt des Urteils	284
2. Kritische Würdigung des Urteils	287
3. Zwischenergebnis	293
V. Die Aufwandsentschädigung als Arbeitsentgelt?	293
1. Die Anknüpfung an das Steuerrecht	293
2. Das Erfordernis eines geldwerten Vorteils	294
3. Die Rechtslage vor der gesetzlichen Anknüpfung an das Steuerrecht	297
4. Die Behandlung von Entgelten, die für Tätigkeiten geleistet werden, die nicht unter Steuerbefreiungstatbestände fallen	299

5. Zwischenergebnis	301
VI. Teleologische Reduktion des Arbeitsentgeltbegriffs bei rentenrechtlichen Hinzuerdienstvorschriften?	301
VII. Zwischenergebnis	307
B. Ehrenamt und Erwerbsmäßigkeit/Erwerbstätigkeit	308
I. Der Begriff der Erwerbstätigkeit im Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch	308
1. Die Rechtslage im Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch	308
2. Die Bedeutung der Erwerbstätigkeit im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch	312
3. Zwischenergebnis	317
II. Die erwerbsmäßige und die ehrenamtliche Pflegetätigkeit	317
III. Erwerbsmäßigkeit i.S.d. Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG)	324
IV. Zwischenergebnis	328
Teil 4. Die Herleitung eines Lösungsansatzes	329
§ 9. Die Erkenntnisse aus den Analysen	329
A. Das Verhältnis des Ehrenamtsbegriffs zum Begriff des Arbeitnehmers bzw. Beschäftigten im Arbeits-, Einkommensteuer- und Sozialrecht	329
B. Die Merkmale des Ehrenamts	330
C. Gemeinsamkeiten im Einkommensteuer- und Sozialversicherungsrecht	333
§ 10. Die Abgrenzung des Arbeitnehmers vom Ehrenamtlichen im Arbeitsrecht	335
A. Die Gegenseitigkeit als entscheidendes Abgrenzungsmerkmal	335
B. Anwendung des Lösungsansatzes auf die Fälle in der Rechtsprechung	338
C. Gesetzgeberischer Regelungsbedarf?	340
Literaturverzeichnis	343